



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,
das Niedersächsische Landesparlament tagt in dieser Woche vom 3.-5. Juni. Besonders spannend und zugleich strittig sind neben der Abschaffung des Turbo-Abis und die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe auch die abschließende Beratung zum neuen Schul-

gesetz. Am Mittwoch um 17:00 Uhr werde ich zum Umgang mit der Saatkrähe in Niedersachsen reden. Wie gewohnt können die Reden im Internet live verfolgt werden: <http://www.landtag-niedersachsen.de/videouebertragungen/>

Ihr und Euer

Auf der Tagesordnung:

u.a

Weitere Planung und Ausbau der A 20

Pkw-Maut

Förderung alternativer Antriebstechniken

Soziales und ökologisches Wirtschaften in Niedersachsen

Gewässerschutz durch Verbot von Mikroplastik in Kosmetik

Sprachkurse für Flüchtlinge

Niedersächsisches Tarif-treue- und Vergabegesetz

Aktuelle Stunde: Flüchtlingspolitik in Niedersachsen

In der aktuellen Stunde wird es bereits am heutigen Mittwoch um die niedersächsische Flüchtlingspolitik gehen. Sowohl die SPD als auch die CDU haben dies im Vorfeld beantragt. Der SPD Antrag sieht vor, den Kommunen noch in diesem Jahr 40 Millionen EUR für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen bereitzustellen. Dies ist das Ergebnis aus Gesprächen zwischen Landesre-

gierung und kommunalen Spitzenverbänden. Denken wir jedoch zurück an die von CDU und FDP betriebene Abschiebepolitik in der vergangenen Wahlperiode stellt sich die Frage, wie glaubwürdig die Forderung der CDU unter dem Motto: „*Flüchtlingen helfen, Kommunen entlasten - warum tut das Land Niedersachsen so wenig?*“ wirklich ist.

Flüchtlingspolitik: Zahlen und Fakten

⇒ **49,3 Mio. EUR** sind für das Jahr 2015 für den Betrieb der Landesaufnahmebehörden bereitgestellt. Dies sind 11 Mio. EUR mehr als noch im Jahr 2014.

⇒ **2 Mio. EUR** für die Flüchtlingssozialarbeit. Das Land Niedersachsen investiert im Jahr 2015 dabei in 33 zusätzliche SozialarbeiterInnen.

⇒ **Übernahme aller Kosten** für Krankheit, Schwangerschaft, Pflegebedürftigkeit und Behinderung für Syrische Flüchtlinge, die im Rahmen des Landesaufnahmeprogramms eingereist sind.

⇒ **6.195,00 EUR** pro Jahr und Flüchtling als Kostenabgeltungspauschale. Diese wurde zum 01. Januar 2015 um 263 EUR pro Flüchtling angehoben.

Energiepolitik: Mehr Beteiligung an Energiewende

In einem Antrag zur Energiepolitik fordern SPD und Bündnis 90/Die Grünen mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger an der Erzeugung erneuerbarer Energien. Dazu sollen beispielsweise landeseigene Grundstücke für die Windenergienutzung vorrangig an Betreiber vergeben werden, die Bürgerinnen und Bürger in der Region Beteiligungsmöglichkeiten einräumen. Darüber hinaus soll ein Pilotprojekt durchgeführt werden,

um Konflikte vor Ort gemeinsam mit den Umweltverbänden effektiver zu lösen. Ziel des Antrages ist die Sicherung der niedersächsischen Vorreiterstellung im Bezug auf Windenergieerzeugung. Der Ausbau der Windenergie stellt nicht nur einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz dar. Auch für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen ist die Windenergiebranche schon jetzt mit derzeit rund 32 000 Arbeitsplätzen von großer Bedeutung.